

Kundliche Angewandte des
Landesamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Kanton des Kreises
Borken.

Postverlag:
Dortmund.

Bocholter-Borkener

Postverlag:
Bocholt.

Wegweiser im Norden:
Karte von der Ostsee bis
zur Nordsee, 1:100.000, 1932.
Preis 1,50 M.

Seit 1870:
Bocholt, Realgymnasium.
Jahresbericht 1931/32.
Preis 1,50 M.

Volksblatt

Wegweiser im Norden:
Karte von der Ostsee bis
zur Nordsee, 1:100.000, 1932.
Preis 1,50 M.

Organ
der Zentrumspartei.

Rheider Volkszeitung.

Amstliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Amstliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Nummer 274

Montag, den 3. Oktober 1932

Jahrgang 1932

Das erste Kontingent perfekt.

Deutsch-belgische Einigung.

(1) Brüssel, 1. Oktober.

Heute die heute zwischen den deutschen und belgischen Vertretern erfolgte Einigung über die Kontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse erzählt die Agentur Belge:

Der Prozentfuß, der auf die in Frage kommende belgische Ausfuhr nach Deutschland herabgesetzt werden soll, schwankt zwischen 40 und 60 Prozent. Für Blumenkohl, Tomaten und Schnittblumen beträgt das Kontingent für das kommende Vierteljahr 40 Prozent der von Belgien im letzten Vierteljahr 1931 ausgeführten Mengen, für Tafeltrauben, Äpfel und Birnen 65 Prozent, für Speck 60 Prozent, für Butter und Weiskäse 60 Prozent. Dafür erklärt sich Deutschland mit der Kontingentierung gewisser deutscher Ausfuhrwaren in Belgien einverstanden. Belgien wird außerdem in den Genuss der Nachlässe treten, die die deutsche Delegation bei ihren bevorstehenden Verhandlungen in Holland, Frankreich oder Dänemark gewähren sollte.

Zum Abschluß der Verhandlungen in Brüssel erzählt die Korrespondenz „Industrie und Handel“ noch folgende Einzelheiten:

„Rein wertmäßig sind die Vereinbarungen mit Belgien ohne erhebliche Bedeutung, zumal als Grundlage für die Kontingentierung nicht das gesamte Wirtschaftsjahr 1930 angenommen wurde, sondern nur das letzte Vierteljahr. Während sich die Jahresausfuhr der betreffenden Warengruppen, also vor allem von Blumenkohl, Weintrauben, Äpfeln, Tomaten, Birnen, Äpfeln, Mandarinen, Butter, Käse und Schnittblumen, aus der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftszone nach Deutschland auf etwa 25 Millionen Franken belief, betrug der Export für das letzte Vierteljahr 1931 nur 10 Millionen Franken. In den Abkommen ist als gegenseitige Gegenleistung aufgenommen worden,

daß Belgien berechtigt ist, die Einfuhr von Holz, Kartoffeln und Getreide ohne besondere neue Vereinbarungen mit Deutschland zu kontingentieren.

Andererseits soll Belgien automatisch alle Zugeständnisse hinsichtlich der Kontingentierung erhalten, die in den Verhandlungen mit den übrigen Staaten diesen noch bewilligt werden. Das würde bedeuten, daß die oben genannten Güter aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine Verringerung erfahren werden.“

Ueber den Abschluß des Kohlenabkommens liegt augenblicklich näheres noch nicht vor. Die Grundzüge der Vereinbarung sind voll aufrechterhalten worden.

Da jedoch die belgische Regierung die vorgesehenen Kompensationen nicht in vollem Umfang hat

leisten können, einigte man sich auf eine Erhöhung der deutschen Einfuhrenmenge gegenüber der ursprünglichen Vereinbarung.

So tritt das deutsch-belgische Kohlenabkommen ab heute in Kraft.

Die deutsche Abordnung hebt den verführlichen Geist der belgischen Regierung hervor, die volles Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Deutschlands an den Tag gelegt habe. Heute abend begaben sich die deutschen Vertreter nach dem Haag.

Frankreich erhöht Kontingente.

Paris, 1. Oktober.

Die Absicht des französischen Handelsministeriums, eine allmähliche Lockerung der Einfuhrkontingente herbeizuführen, wird jetzt anlässlich der Festsetzung dieser Kontingente für das vierte Quartal teilweise verwirklicht. Die von der französischen Regierung bisher erlassenen Kontingente umfassen etwas über 1100 Positionen des Zolltarifs, also etwa ein Siebentel der gesamten Tarifpositionen. Die heute im Amtsbuch veröffentlichten Kontingente stellen infolgedessen eine gewisse Milderung der bisherigen Politik dar, als in die Kontingentsliste keine neuen Industrieprodukte aufgenommen worden sind und auf kein Kontingent eine neue Einschränkung erfahren hat. Für eine kleine Anzahl von Tarifpositionen, etwa 40 Produkte, sind die Kontingente für das vierte Quartal im Vergleich mit den vorangegangenen sogar um etwa 20 bis 30 Prozent erhöht worden. Bei einigen wenigen Produkten geht die Erhöhung der Kontingente sogar weiter, so z. B. für bestimmte Sorten von Seidenstrümpfen und Socken bis zu 80 Prozent. Trotz dieser Erhöhung verschiedener Kontingente werden jedoch Waren im Werte von mehreren Millionen Franken nach Frankreich eingeführt werden können, da im Laufe des dritten Quartals für verschiedene Erzeugnisse so weitgehende Verringerungen der Kontingente angefallen sind, daß dadurch die Kontingente für das vierte Quartal bereits erschöpft sind.

Neuer Zollzuschlag auf Kartoffeln in der Schweiz.

Bern, 1. Oktober.

Der Bundesrat hat heute endgültig die Erhebung eines neuen Zollzuschlages auf Kartoffeln von zwei Franken pro 100 kg beschloßen. Er behält sich dabei vor, diesen Zollzuschlag herabzusetzen oder gänzlich aufzuheben, wenn die Verhältnisse es wieder erlauben.

Die Beziehungen zwischen Reich und Ländern.

Eine Rede des badischen Staatspräsidenten Schmitt.

× Dörsch, 2. Okt.

Auf dem heute hier abgehaltenen Landesparlament tag der badische Landtag. Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt über seine staatsrechtliche Auffassung hinsichtlich der innerpolitischen Vorgänge der letzten Zeit, wobei er u. a. ausführte, er spreche der Reichsregierung den guten Glauben und den Willen zur Rechtsobjektivität nicht ab.

Die Absehung der preussischen Regierung verfolge sich aber weder mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches, noch weniger könne die Absehung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ausgesprochen werden.

Ein Reichskommissar könne ernannt werden nur neben, nicht anstelle der Landesregierung, und seine Aufgabe sei nur die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, nicht aber auch eine durchgreifende preussische Verwaltungsreform. Ebenfalls könne die Verabschiedung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen zu den Aufgaben des Reichskommissars gehören. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei es nicht erforderlich gewesen, den preussischen Verfassungsmäßigern Hitzler und seine Ministerkollegen von der Amtsführung auszuschließen.

hen. Es sei ein Widerspruch, daß die eingesetzten preussischen Staatssekretäre den Willkür auf die preussische Verfassung lieferten und trotz der darin enthaltenen Vorbehalte sich weigerten, vor dem preussischen Landtag zu erscheinen. Weiter sagte der Redner, daß der Reichstag entgegen Artikel 26 der Reichsverfassung niemals aus demselben Anlaß aufgelöst worden sei. Die Wiederherstellung der Ordnung innerhalb kürzester Frist verfolge sich mit der Verfassung nicht.

In den Augen des Volkes müsse damit eine außerordentliche Schädigung des Reiches, Gedanken, des Autoritätsgefühls und der Volks- und Völkerverständnisse eintreten. Bezüglich der künftigen Reichsreform erklärte Staatspräsident Dr. Schmitt, das Problem sei nur auf dem Wege des Volkstums zu lösen. Bei der Festlegung des Nationalismus müsse Norddeutschland vorangehen; Süddeutschland verlange Gegengewicht.

So müsse der Reichsrat neben dem Reichstag und der Regierung gleichberechtigt der gesetzgebenden Instanz werden.

Ein Oberhaus, in dem auch Vertreter der Großstädte oder der bürgerlichen Organisation seien, sei abzulehnen, weil dadurch der bundesstaatliche Charakter und das Wesen des Reiches beeinträchtigt würden. Das Gegenseinander der Reichsmitglieder von Reich und Ländern müsse beseitigt werden durch eine scharfe Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Ländern.

neuerungswert fällt in das neue Lebensjahr des Reichsmarschalls.

Ein Brief des Landtagspräsidenten Kerl.

Landtagspräsident Kerl hat, wie der Preussische Volksdienst der NSDAP, mittels, an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Hochzuverehrender Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident!

Zu der Vollendung des 85. Lebensjahres bitte ich Ew. Exzellenz, namens des Präsidiums des Preussischen Landtages und zugleich im eigenen Namen ehrerbietige Glückwünsche auszusprechen zu dürfen. Möge das kommende Jahre Ew. Exzellenz die unentwegte Gesundheit und Rüstigkeit erhalten und die politischen Erfolge befeuern, die unsern schwergeprüften deutschen Volke den endgültigen Wiederaufstieg sichern.

In ehrerbietiger Hochachtung Ew. Exzellenz sehr ergebener

ges. Kerl.

Präsident des Preussischen Landtages.

Wie das NSDAP-Büro meldet, hat auch Reichstagspräsident Dietrich die Glückwünsche an den Reichspräsidenten gerichtet, das am Geburtstage Hindenburgs überreicht werden solle und „vorläufig nicht veröffentlicht werden könne“. Bei Redaktionschluss lag es noch nicht vor.

Daß die nationalsozialistische Landtagsfraktion mit auffallender Eile sich selbst zu Hindenburgs Geburtstag Glückwünsche schreiben, haben wir bereits mitgeteilt. Dr. Gumbel'sche Revue im „Angriff“ den „beliebten Wunsch“ hinzu, daß Hindenburg, an der Schwelle seines Lebens stehen, vom Segen des deutschen Volkes noch nach dem Weg finden möge zu jenem jungen Deutschland, das blutend und opfernd für das neue Reich die Brücke geschlagen habe. Dagegen sagt in seinem Glückwunschtelegramm u. a.: „Das deutsche Volk dankt Ihnen heute, daß Sie den zerschundenen Weimarer Parlamentarismus in seine Schranken weisen und für den politischen und wirtschaftlichen Neubau des Reiches die Bahn freimachen.“

Hindenburgs Geburtstagsgabe.

× Berlin, 2. Oktober.

Wie alljährlich seit fünf Jahren, so hat der Reichspräsident von Hindenburg auch diesmal an seinem Geburtstag zahlreichen schwer notleidenden Kriegesbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen und Veteranen eine Freude bereitet. Fast dreitausend Angehörigen dieser Personengruppe ließ er durchweg je 150 Mark aus der Hindenburg-Spende ausgeben. Damit teilt die bisherige Unterstützungslieferung der Hindenburg-Spende auf fast sechs Millionen Mark.

Fleischverbilligung als Winterhilfe.

× Berlin, 1. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: Die von der Reichsregierung beschlossene Fleischverbilligung für den bisherigen Reich von Arbeitslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen steht eine Verbilligung von zwei Pfund je Monat um 20 Pf. je Pfund vor. Der erste Bezugschein mit drei Wochenscheinen für je ein Pfund Fleisch wird, soweit es sich bei den Ausgabestellen (Arbeitsämtern und Arbeitsbeschäftigungsstellen) irgend ermöglichen läßt, Mitte Oktober mit der Beilage zur Ausgabe gelangen, daß der erste Abschnitt bis zum 12. November, die beiden übrigen Abschnitte für den ganzen Monat November Gültigkeit haben.

Keine Auflösung des Braunschweigischen Landtages.

(1) Braunschweig, 1. Oktober.

Der Braunschweigische Landtag hat heute vormittag nach fast dreimonatiger Pause zu einer Sitzung zusammen, um zu dem nationalsozialistischen Ding-

Die Feier des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten.

Starke Beteiligung der Berliner Bevölkerung.

× Berlin, 2. Oktober.

Das Berliner Stadtbild stand heute ganz im Zeichen des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten. Sämtliche Dienstgebäude des Reiches, des Staates und der Stadt, die Hofkapellen und Gelandebühnen fremder Staaten, die Kirchen und viele Privatgebäude hatten Flaggenstange angelegt. Von den Berliner Verkehrsmitteleinrichtungen blühten die bunten Fahnen. Bereits in früher Morgenstunde herrschte lebhafter Verkehr in den Straßen des Zentrums. Zahlreiche Berliner waren nach dem Regierungsbüro unterwegs. Den Auftakt zu den Feierlichkeiten bildete das Große Weiden der Reichswehr. Um 7 Uhr passierte die Regimentskapelle des 1. Regiments Berlin in der Formation des Großen Zapfenkreises das Brandenburger Tor, wo unzählige sich eingefunden hatten, um dem in Berlin lebenden militärischen Schauspiel des Großen Weidens beizuwohnen. Der Zug ging die Linden entlang und passierte im Stechschritt am Preussischen Ehrenmal und an der Kommandantur vorbei, auf deren Balkon der Kommandant der Stadt Berlin, General v. Wittenberg, erschienen war.

Einen besonderen Anziehungspunkt für das Publikum bildete natürlich das Reichstagspalais in der Wilhelmstraße, in dem der Reichspräsident zurzeit wohnt. Schon um 8 Uhr stauten sich die Menschenmassen auf der dem Palais gegenüberliegenden Straßenseite, um der

amten und Angestellten des Büros und des Hauses dargebracht.

Während die Gratulanten sich in das Reichstagspalais begaben, brachte die Menschenmenge dem Reichspräsidenten stürmische Ovationen und rief in schnell organisierten Sprechchören: „Wir gratulieren, wir gratulieren“, für die Hindenburg vom Balkon des Palais mehrmals in stichtlicher Bewegung dankte. Erst in den Mittagsstunden wurde der Platz vor dem Reichstagspalais wieder frei, und die Menge strömte dem Lustgarten zu, wo ein großes Musikkonzert der Berliner Reichswehrkapelle den Abschluß der Feierlichkeiten bildete.

Als der Reichspräsident die Reichstagskapelle verließ, um an dem Gottesdienst in der Alten evangelischen Garnisonkirche teilzunehmen, wurde er mit begeisterten Zurufen begrüßt. Dem Gottesdienst wohnten viele hohe Militärs der alten Armee und Marine, der Reichswehr und Reichsmarine, Mitglieder der Regierung und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bei. Als der Reichspräsident, geführt von dem Geistlichen, das Gotteshaus betrat, erhob sich die Gemeinde von ihren Plätzen. Umrahmt von der Liturgie hielt Feldpropst D. Schlegel die Predigt, der er das Bibelwort zugrunde legte: „Ich danke Gott, dem ich diene von meinen Rostern her in reinem Gewissen“, mit welcher Ansprache der Reichspräsident eine Bibel schenkte, die er aus Anlaß seines Geburtstages der alten Garnisonkirche schenkte. Mit einem Gebet für das Reichsoberhaupt endete die Andacht. Beim Verlassen der Kirche wurde dem Reichspräsidenten von einem kleinen Mädchen, der Tochter eines alten Gemeindegliedes, ein großer Blumenstrauß überreicht. Zur gleichen Zeit fand in der Hedwigstraße ebenfalls ein Militär Gottesdienst statt. Die Rückkehr Hindenburgs gestaltete sich in den in unmittelbarer Nähe des Reichstagspalais gelegenen Straßen zu einer eindrucksvollen Fußdemonstration.

Unmittelbar nach seiner Ankunft im Palais begaben sich Reichswehrminister von Schleicher, der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein und der Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, zum Reichspräsidenten, um ihm die Glückwünsche der Reichsmarine zu überbringen. Derweil wurde die Begeisterung der Menschenmenge vor den Toren des Palais immer härter. Immer wieder wurden Hochrufe auf Hindenburg ausgebracht. Ueber dem weiten Platz lösten vom Turm der Dreifaltigkeitskirche die Klänge eines Jubelchorals.

Ich habe den Antrag auf Auflösung des Reichstages...
In der Abstimmung wurden 18 nationalsozialistische,
bürgerliche und kommunistische Stimmen für die Auf-
lösung abgegeben, während sich 15 Sozialdemokrat-

ten dagegen ausgesprochen und vier bürger-
liche Abgeordnete Stimmhaltung übten.
Da die verfassungsmäßige Zweidrittel-Mehrheit nicht er-
reicht war, war der Auflösungsantrag damit abgelehnt.

Für einen Wandlungsfähigen peinliche Erinnerung.

Herriot vor vier Jahren.

(.) Berlin, 1. Oktober.

Der frühere Reichsminister des Innern Dr. Kili hat den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ einen offenen Brief übergeben, den er an den ihm persönlich bekannten fran-
zösischen Ministerpräsidenten Herriot gerichtet hat und
der die Rede Herriots in Gramat in ganz besonderer
Weise hervorhebt. Dr. Kili schreibt darin:

Am vergangenen Sonntag haben Sie in Gramat eine
Rede gehalten, die sich mit der Stellungnahme Deutsch-
lands zu dem Problem der Abrüstung befaßt. Vor vier
Jahren hatte ich Gelegenheit, eine andere Rede von
Ihnen persönlich zu hören. Sie kamen als erster fran-
zösischer Minister nach dem Krieg nach
Deutschland. Ihr Besuch galt der Internatio-
nalen Presseausstellung in Köln. Sie wollten
gerade am Tag in Köln, an dem vor vierzehn Jahren
der Krieg ausbrach, an dem die deutsche Regierung
den deutschen Reichsregierung zu begrüßen. Nach
vielen damals fremde Truppen auf deuts-
chem Boden, noch war nur kurze Zeit seit dem Tag
verflossen, an dem die Stadt Köln belagungsfrei
geworden war, aber alle diese schmerzvollen Erinnerungen
trübten nicht die Aufmerksamkeit und Herz-
lichkeit des Empfangs, der Ihnen auf deutscher
Erde bereitet wurde, weil wir in Ihnen einen aufrich-
tigen Freund des Friedens und der Verständigung
mit Deutschland erblickten.

Die Rede, die wir beide damals wechselten, waren
so klar erfüllt von gleichem Geist, daß die
Differenzen, die wir hatten, sie gegenseitig
abgemildert.

Das war nicht der Fall, aber wir fühlten beide als
Repräsentanten unserer Völker das gleiche.
Sie gaben die Versicherung, daß das republikanische
Frankreich von der Notwendigkeit einer stabilen Organi-
sation Europas und der Welt durchdrungen sei, und Sie
bekannten sich hinsichtlich der Frage der Sicherheit zu dem
fundamentalen Satz: „Für unsere Generation ist es ja das
wichtigste Problem, der Gesellschaft der Nationen die
Rechtsverpflichtung zu geben, die heute jeder nationalen Ge-
meinschaft ihre Sicherheit verleiht.“

Der Gedanke an Austausch mit Ihnen, mein Herr
Präsident, ist mir eine große und wertvolle Er-
innerung. Ich würde glücklich sein, wenn das so blei-
ben würde. Ich habe das Recht, in Erinnerung an den
Austausch unserer Empfindungen in Köln, dem Redner
von Gramat zu sagen, daß

das deutsche Volk und die deutsche Regierung in den
gegenwärtig zur Verfügung stehenden Problemen
nichts anderes wollen als das, zu dem
Sie sich in Köln so offen, so herzlich
und so tief empfunden bekennen.

Wir wollen uns durch „Skeptizismus und Dummheit“
anderer nicht beirren lassen, die Interessen unserer
beiden Völker mit den allgemeinen Interessen der Mensch-
heit in Einklang zu bringen. Wir wollen auch zwischen
unsern beiden Völkern die „Rechtsverpflichtung“ her-
stellen, die nur auf Gleichberechtigung beruhen kann, wir
wollen, „den Schluß zu ziehen unter einer schmerz-
vollen Vergangenheit“. Ein großes Werk der Verständigung
und des Menschheitsdienles liegt vor Ihnen.

Die Rede von Gramat hat dieses Werk nicht
geändert.

Aber im letzten Grund kommt es nicht auf Reden an,
sondern auf Entschlüsse und Taten.

Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß Ihre
Entscheidungen nicht der Geist der Rede von
Gramat, sondern der Geist der Rede von Köln be-
stimmend sein möge, denn ich weiß, Sie sind ein genau
so glühender Patriot für Ihr Vaterland, wie ich es für

das meine bin, und als solcher wissen Sie Ihre Pflicht, daß
es auch im Interesse Frankreichs liegt, dem Patriotis-
mus des deutschen Volkes nichts Unmög-
liches zuzumuten.

Er will den ersten Schritt nicht tun.

(.) Genf, 1. Oktober.

Die Erklärungen des Reichsaussenministers in Berlin
haben, wie mitgeteilt wird, in den leitenden französischen
Kreisen größte Verwirrung ausgelöst. Ein be-
sonnener Mann teilt mit, daß auf dem Empfang des pol-
nischen Außenministers für die Konferenzab-
ordnungen die Erklärungen Neuraths das Haupt-
gesprächsthema gebildet hätten. Die Ausführungen
seien allgemein als eindeutige Anweisung der
deutschen Forderung auf Abrüstung aufge-
faßt worden. Wie aus maßgebenden französischen Kreisen
verlautet, soll Herriot sich äußerst scharf geäußert
haben. Insbesondere habe er den Vorwurf erhoben, daß
die deutsche Regierung ein Wiederaufleben der
Geheimdiplomatie und geheime Verhand-
lungen mit Frankreich gewünzht, während die fran-
zösische Regierung an dem Völkerverbundgrundsatz der De-
fensivität aller Verhandlungen festgehalten
habe.

Direkte Besprechungen zwischen ihm und
Neurath in Genf seien lediglich an der Hal-
tung des Reichsaussenministers gescheitert.
Von ihm als französischen Ministerpräsidenten
sei nicht zu erwarten gewesen, daß er den
ersten Schritt für derartige direkte Besprechungen
tun werde.

Weiter soll Herriot betont haben, daß die deutsche Haltung
in der Gleichberechtigungfrage auf den Wunsch
Deutschlands auf Abrüstung schließen lasse.
Lebhaft werden in höchsten Kreisen die Vorwürfe er-
höht, die Herriot zur Lösung der Gleichberech-
tigungfrage dem Büro des Staatspräsidenten vorzulegen
beabsichtigt. Ueber diese Vorwürfe befindet sich der
deutsche Außenminister während seiner Unterredung in
Genf unterrichtet haben. Diese Vorwürfe sind bisher von
deutscher Seite als untragbar abgelehnt worden.
Man erwartet jetzt, daß Herriot nach seiner Rückkehr
aus London von neuem mit den deutschen Vertretern
in Fühlung treten werde, da er an seiner Abfertigung
soll, auf der Bürositzung am 10. Oktober eine Behand-
lung der Gleichberechtigungfrage herbeizuführen.

Frankreich hat den Schaden von Versailles wieder gut zu machen.

(.) Paris, 2. Oktober.

„Deuvre“ veröffentlicht eine Aufschrift des amerikani-
schen Zeitungsmagnaten Hearst, der sich gegen den Vor-
wurf verwehrt, als sei er systematisch feind-
lich gegen Frankreich eingestellt. Frankreich in-
teressiere ihn nur in dem Rahmen seiner Beziehungen zu
Amerika. Aber er sei der Ansicht, daß Frankreich
den Europa und der Welt durch den Vertrag von
Versailles großen Schaden wieder gutmachen
müsse. Dieser Vertrag vernichte alle Grund-
sätze, bereitere die Vereinigten Staaten in den Krieg
eingetreten seien. Frankreich müßte aufhören,
Europa beherrschen zu wollen und die Welt
mit seinem Militärrappatz zu beunruhigen.
Frankreich müßte mit seinen Nachbarn in Frieden
leben. Es müßte aufhören, ein Geld für die Unter-
stützung seiner militärischen Alliierten in Polen
und die kleine Entente auszugeben und sollte
seine verfügbaren Mittel für die Bezahlung seiner Schul-
den an Amerika verwenden.

Der Bericht über den Mandschurei-Streit.

Die Vorschläge der Lytton-
Kommission.

(.) Genf, 2. Oktober.

Der Bericht der vom Völkerverbund nach dem Fernen
Osten entsandten Studienkommission, der unter dem Na-
men „Lytton-Bericht“ das bisher wichtigste Do-
kument im chinesisch-japanischen Konflikt darstellt, ist heute
vom Völkerverbundsekretariat veröffentlicht worden.
Er umfaßt 150 Seiten Text und ist mit einer Reihe von
Anlagen und Karten ausgestattet. Die Kommission schlägt
am Schluß ihres Berichtes eine Neuregelung der
chinesisch-japanischen Beziehungen auf folgender Grund-
lage vor:

1. Ein autonomes Regime für die Man-
dschurei, das auf die drei Provinzen Liaoning,
Kirin und Heilungjiang Anwendung finden soll.
2. Abschluß eines chinesisch-japanischen Ver-
trages über die japanischen Interessen.
3. Abschluß eines chinesisch-japanischen Schiedsge-
richts- und Vergleichsvertrages und eines
Richtungsvertrages und eines Vertrages über
gegenseitige Hilfestellung.
4. Abschluß eines chinesisch-japanischen Handels-
vertrages.

Im einzelnen wird hierzu vorgeschlagen, daß die Auto-
nomie durch eine freiwillige Erklärung der
chinesischen Regierung gewährt werden soll. Der chine-
sische Regierung würde demnach zustehen: Die allgemeine
Oberaufsicht über die auswärtigen Angelegenheiten,
die Kontrolle der Zölle, des Währungs, der
Schatzkassen und endlich auch der Tabak- und
Luzingsteuer. Die Ernennung des Chefs der Exe-
kutivegewalt. Alle übrigen Rechte werden unter der
Zuständigkeit der Lokalregierung fallen. Für die
Ausübung der Ordnung und für die Verteidigungs-
zwecke soll eine Gendarmerie geschaffen werden,
nach deren Veranlassung alle anderen bewaff-
neten Formationen von dem Gebiet zurückzu-
ziehen wären.

Die Vorschläge bezüglich der Mandschurei seien aus-
drücklich vor, daß die Souveränität Chinas über
die Mandschurei aufrechterhalten bleibt.
Die in diesem Bericht enthaltenen Vorschläge des Man-
dschurischen Japan wird von der Kommission als
bedingungslos für die von ihr vorgeschlagene Regelung
angesehen. Die Schaffung des Mandschurischen Staates wird
als unvereinbar mit den Grundprinzipien
der bestehenden internationalen Verpflichtungen bezeichnet.

Wird Japan aus dem Völkerverbund ausgetreten?

(.) Genf, 2. Oktober.

Der Lytton-Bericht bildet den Gegenstand eingehender
Prüfung der zuständigen Stellen der Mächte.
Uebereinstimmend geht die allgemeine Auffassung dahin,
daß der Bericht ausdrücklich die Souveränität Chinas für
die Mandschurei anerkennt und lediglich Verhandlungen
zwischen Japan und China zur Schaffung einer weitgehenden
Autonomie der drei Provinzen vorschlägt. Der Ly-
tton-Bericht steht ferner in offenem Gegensatz zu
der japanischen Auffassung, daß die Tren-
nung der Mandschurei von China freiwillig war,
da ausdrücklich festgestellt wird, daß die chinesische Bevöl-
kerung in der Mandschurei die mandschurische Regierung
ablehnt. Ebenso wird der Begründung des japani-
schen Vorgehens in der Mandschurei mit der Bekämpfung
des Bandenwesens der Boden entzogen. In seiner ge-
samten Stellungnahme ist der Bericht infolgedessen bereits
durch die Tatsachen überholt, als die japani-
sche Regierung kurz nach der Unterzeichnung des Lytton-
Berichts die Mandschurei als souveränen
Staat anerkannt und damit den Völkerverbund, die
interessierten Großmächte und China vor eine
vollendete Tatsache gestellt hat. Nach Auf-
fassung aller Genfer Kreise würde eine Annahme des
Lytton-Berichts durch den Völkerverbundrat unweiger-
lich zum Austritt Japans aus dem Völk-
erverbund führen. Es zeigt sich jedoch in den leitenden
englischen und französischen Kreisen nach wie vor das
eifrige Bestreben, diesen Austritt mit allen Mitteln
zu vermeiden. Man nimmt daher an, daß die un-
mittelbar interessierten Großmächte, England, Frankreich
und Italien, sowie die Vereinigten Staaten diploma-
tische Schritte tun werden, um Verhandlungen
mit der japanischen und chinesischen Regierung über einen
neuen Modus vivendi herbeizuführen, der jedoch nach der
gegenwärtigen Lage nur auf der Grundlage des man-
dschurischen Staates gefunden werden könnte.

Es kann angenommen werden, daß die deutsche
Regierung in den bevorstehenden außerordentlich
heißten und schwierigen Verhandlungen des Völkerverbund-
rates über die mandschurische Frage die bisherige neu-
trale Stellungnahme weiter aufrecht erhalten wird.

Meuterei der Eisenbahnwagen.

(.) Charbin, 1. Okt.

Nach einem bei der Verwaltung der ostchinesischen
Eisenbahn eingegangenen Telegramm haben die Wagen

an der Eisenbahn in der Mandschurei gemeutert,
in Mandchuri 68 dort anässige Japaner ge-
tötet, in Pukutu drei Japaner und in Hallar
neun. In Mandchuri besetzten sie außerdem das japani-
sche Konsulat. Das Schicksal des Konsuls und des
übrigen Konsulatspersonals ist noch unbekannt. Der ge-
samte Westteil der Mandchurei bis Hallar befindet
sich nunmehr in den Händen der chinesischen
Freiwilligen und der meuternden mandchurischen
Truppen. Der Aufstand dehnt sich weiter aus. Die
chinesischen Freiwilligen haben am Sonnabend einen
neuen Angriff auf Tschitar unternehmen. Es
ist den Freiwilligen nicht gelungen, in die Stadt einzu-
dringen. In der Nähe von Tschitar wurde der sibi-
rische Expreßzug, der nach Wladiwostok unterwegs
war, von chinesischen Aufständischen angehalten. Die

Zugwache wurde entlassen und die Fahrgäste aus-
geraubt. Der Zug ist noch nicht in Charbin
eingetroffen, so daß man insbesondere für die
japanischen Fahrgäste die schlimmsten Befürchtungen hat.

Die amerikanische Flotte bleibt im Stillen Ozean.

(.) Washington, 1. Oktober.

Das Marineministerium beschloß, daß Atlantische Ge-
schwader der amerikanischen Kriegsflotte bis zum Win-
ter im Stillen Ozean zu belassen. Als Grund
für diese Maßnahme wird angegeben, man wolle ein
„besseres Zusammenarbeiten“ der Flotte erreichen.

Eine Denkschrift der christlichen Gewerkschaften.

Ueber die Notlage der Arbeiterschaft.

(.) Berlin, 1. Oktober.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands gibt jetzt der Öffentlichkeit den Inhalt der
Denkschrift über die Notlage der Arbeiterschaft bekannt,
die er den Mitgliedern des Reichstages überreicht hat.
In der Denkschrift wird zunächst erklärt, daß die Arbeit-
erschaft durch die Notverordnungen der letzten Jahre be-
sonders hart betroffen worden sei. Diese außer-
ordentliche Belastung habe die Arbeiterschaft ertragen,
weil sie gesehen habe, daß die Regierung sich bemühe, dem
Gedanken der Gerechtigkeit Rechnung zu tragen und
die Opfer nicht einseitig zu verstellen. Sie habe auch
die Hoffnung hegen können, daß ihre sozialen Grund-
rechte nicht angetastet würden.

Die neue Notverordnung vom 14. Juni 1932 habe
diese Hoffnung zerstört. Sie habe bei der Arbeit-
erschaft nicht nur das Empfinden aus-
gelöst, vergeblich Opfer gebracht zu haben, son-
dern auch den Glauben an die soziale Ge-
rechtigkeit zerstört.

Die Denkschrift führt dann die Neubelastung der
Arbeiterschaft durch die letzte Notverordnung im Einzelnen
auf und bringt Beispiele ihrer Auswirkungen. Durch die
Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung sei die
Arbeitslosenversicherung ihres Vermögens ge-
fährdet worden. Die Rückzahlung der
Unterstützungssätze habe Tausenden von Arbeitern
die Möglichkeit genommen, auch nur die allernot-
wendigsten Lebensmittel zu beschaffen. Bittere Not
und Hunger trafen heute Millionen von arbeitslosen
Menschen und ihre Frauen und Kinder. Diese Ausfüh-
rungen werden durch Anführung von 100 Bei-
spielen, bei denen es sich keineswegs um ausge-
zeichnete Einzelfälle handele, ergänzt. Darüber hinaus
wird das Ergebnis von Erhebungen in einzel-
nen Bezirken mitgeteilt. Aus den Antworten auf eine
Rundfrage des Zentralverbandes christlicher Bau-
arbeiter gehe z. B. hervor, daß

den in Betracht kommenden Arbeitslosen nach Abzug
der Miete durchschnittlich 29 Pfennig täglich
für Person zur Bestreitung des Lebens-
unterhalts verbleiben. Für Kleidung, Beleuch-
tung und Heizung bleibe nichts übrig, keinerlei Aus-
tatschbedarf könne gedeckt werden.

Es wird dann weiter erklärt, daß die Ortsklasseneinteilung
unhaltbar sei und zu außerordentlichen Härten
führe. Wie einerseits für die hohen Mieten viel-
fach über 50 v. H. der Unterhaltung aufgewendet
werden müßten, hätten andererseits auf diejenigen Ar-
beitslosen, die im Besitz eines eigenen Hauses seien,
größte Schwierigkeiten, weil dieser Eigen-
tum in seinem Ertragswert viel zu hoch ver-
anschlagt sei. Die materielle Einsparnis an Unter-
stützungsbeträgen, so heißt es weiter, liege in gar keinem
Verhältnis zu der nachteiligen Wirkung auf das
Familienleben. Zum Schluß wird das näheren

auf den Lohnabbau in der letzten Zeit hingewiesen,
der im Jahre 1931 zu einer Verringerung der
Gesamtlöhne um 4,9 Milliarden
RM, allein bei der verarbeitenden gewerb-
lichen Arbeiterschaft geführt habe.

Dieser Verlust werde im Jahre 1932 durch den Lohnabbau
der Notverordnung vom Dezember 1931 noch um wei-
tere zwei Milliarden RM vergrößert werden.
Werde jetzt noch ein erneuter Lohnabbau auf Grund
der Notverordnungen zur Behebung der Wirtschaft und
zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit vom September
1932 durchgeführt, so würden Hunderttausende deutscher
Arbeiter bei voller Beschäftigung und schwerster körper-
licher Anspannung mit ihrem Lohnverdienst noch
unter die nötig anzureichenden Wohlfahrtsunterstützungs-
sätze kommen. Angesichts solcher Verhältnisse, welche die
Bezahlungsunfähigkeit in der Arbeiterschaft
Arbeitslose und Arbeitslose sein werden in ihrer Exi-
stenz bedroht. Es sei die höchste Zeit, daß eine entschlossene
Maßnahme herbeigeführt werde und die letzten, sich kata-
strophal auswirkenden Verschärfungen schnellstens be-
seitigt würden.

Die Streikwelle.

Der Entschluß des Schlichters im
Arbeitsstreit in Remscheid.

(.) Remscheid, 1. Oktober.

Nachdem die Gewerkschaften den Vorschlag des
Schlichters, zur Beilegung des schwebenden Arbeits-
streites das Gericht anzurufen, dessen Entscheidung für
beide Teile verbindlich sein sollte, nicht angenommen
hatten, ist vom Alexanderwerk in Remscheid beim
Schlichter für Westfalen, Professor Dr. Bach, der An-
trag gestellt worden, festzustellen, ob ein Grund zur An-
ziehung des Einwendungsrechtes bezüglich
der sozialpolitischen Notverordnung des Reichspräsidenten
vorliege. Die Entscheidung des Schlichters, die heute
morgen in Remscheid eintreffen ist, besagt, daß eine
Entziehung der Berechtigung nach § 4 der Verordnung
nicht möglich sei. Daraus ergibt sich, daß ein dies-
bezüglicher Antrag der Arbeitnehmerschaft beim
Schlichter rechtsunzulässig abgewiesen worden
wäre. Neben dieser Feststellung will das Gericht auch noch
das Arbeitsgericht anrufen.

Der Urlaubs- und Tarifstreit bei der Mansfeld A. G.

A Halle a. S., 1. Okt. In Eisenbahn und Land gehen
die Fortführung der Verhandlungen über die Urlaubs-
und Tarifstreitigkeiten. Die Gewerkschafts-
vertreter lehnten eine Herabsetzung der Urlaubsver-
gütung, wie sie die Mansfeld A. G. fordert, ab. Da eine
Einstimmung über diese Streitfrage nicht erzielt werden
konnte, wird nunmehr die Mansfeld A. G. den Schlich-
ter anrufen. Ueber die Neueinstellung von
Arbeitslosen wurde mit dem Betriebsrat eine Verein-
barung dahin getroffen, daß vom 10. Oktober ab jeder
Arbeiter in zwei Monaten drei Ferienstellen
verfügen muß. Von demselben Zeitpunkt ab werden da-
durch ungefähr 800 Arbeitslose in den Betrieb hinein-
kommen.

Wiederaufnahme der Arbeit in der Weiskens-
Schuhfabrik.

A Weiskens, 1. Okt. Zwischen den Arbeitgebern
und Arbeitnehmern in der Weiskens-
fabrik ist angesichts der noch ungeklärten Rechtslage unter
Aufrechterhaltung der beiderseitigen
Rechtsauffassungen des Arbeitsfriedens ein Abkommen
getroffen worden, nach dem innerhalb von vier Tagen die
Arbeit überall wieder aufgenommen werden soll. In den
Arbeitskampf betroffenen Betrieben erfolgen die Ein-
stellungen zu den vom 3. September gültigen Lohn-
und Arbeitsbedingungen. Maßregelungen dürfen nicht
stattfinden.

Eingreifen des Reichsarbeitsministers im Hamburger
Verkehrsstreit.

X Berlin, 1. Okt. Im Tarifstreit des Hamburger
Verkehrsgewerbes hat der Reichsarbeitsminister
die Tarifparteien zu Nachverhandlungen über den Lohn-
und Arbeitszeitverhältnis vom 29. September, der eine
Arbeitszeitverlängerung um 48 auf 45 Stunden und eine
Lohnsenkung um 5 v. H. vorsieht, auf Montag, den 3. Ok-
tober, 14 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium
eingeladen.

Streik auch in Kiel.

X Kiel, 1. Okt. Nach einem gestern abend gestrich-
ten Streikbescheid ist die Belegschaft der Stahlbauan-
stalt Gebrüder Hansen am Montag heute früh in
den Streik getreten. Wie die Fabrikleitung mitteilt,
hatte sie von der Notverordnung über die
Mehrrekrutierung Gebrauch gemacht und eine
Lohnsenkung vornehmen wollen. Obwohl diese
Maßnahme vom Schlichter nicht beanstandet wurde, hat
der Deutsche Metallarbeiterverband den Streikbescheid
gebilligt. Der Verband bezieht den Streik als

Selbstständigkeitsbeweisung der Belegschaft für ihre
Hamburger Kollegen, da angeblich in der Fabrik
Arbeiten ausgeführt werden sollten, die infolge des
Streiks in Hamburg nicht zur Ausführung gelangen
könnten.

Vor der Schlichterkonferenz.

(.) Berlin, 1. Oktober.

Zu der Schlichter-Konferenz am Dienstag erfahren
wir ergänzend folgendes: In offiziellen Kreisen verfolgt
man die Streikbewegung mit sehr großer Aufmerksamkeit.
Man glaubt aber, daß sie keinen größeren Um-
fang annehmen wird und es nicht notwendig ist,
mit besonderen Maßnahmen gegen sie vorzugehen.
Es wird vielmehr damit gerechnet, daß nach dem 1. Ok-
tober ein natürlicher Ausgleich eintreten wird,
weil in vielen Unternehmen von der Mög-
lichkeit, unter die tarifmäßigen Löhne zu
gehen, gar nicht Gebrauch gemacht wurde. Auch
habe das Bemühen der Schlichter, vorbeugend zu wirken
und rechtzeitig zu vermitteln, in wichtigen Fällen Erfolg
gehabt.

Ein aufsehenerregender Zwischenfall in Genf.

(.) Genf, 1. Oktober.

In dem Augenblick, als die Vierte Völkerverbundskon-
ferenz ihre Sitzung beenden wollte, ereignete sich heute
früh vor 19 Uhr ein Zwischenfall. Ein Mann, der
sich in einem am Quai Wilson gelegenen Garten des
Völkerverbundspalastes verweilt gehalten hatte, gab einen
Revolverknall auf die Glasfassade des
Kommissionspavillons ab, in der sich etwa hundert
Delegierte, Sekretäre und Pressevertreter aufhielten.
Die Kugel blieb im Fußboden stecken und verletzte nie-
mand. Der Täter konnte festgenommen werden. Es
handelt sich um einen 42jährigen Doktor der Rechte
namens Budai, der bei seiner Vernehmung angab, er
sei zu seiner Tat durch die allgemeine Ver-
bitterung gegenüber den Behörden veran-
laßt worden und dadurch, daß ihm die Ausfolgung von
Papieren verweigert und dadurch seine Existenz erschwert
worden sei. Budai befand sich erst kurze Zeit in Genf.

Geschleifte Friedensverhandlungen in Brasilien.

(.) Rio de Janeiro, 2. Okt.

Die Friedensverhandlungen zwischen den
Bundesstruppen und den Aufständischen sind geschlei-
fert. Die Kämpfe sind wieder aufgenommen
worden.

In einer Stunde 25 Minuten von Köln nach Berlin.

(.) Berlin, 1. Okt.

Der Direktor der Schweizerischen Luftverkehrsgesellschaft
Swissair, der Flieger Walter Mittelholzer, ist am
Sonntag mit dem schnellsten jetzigen euro-
päischen Verkehr eingestiegen. Mittelholzer
fliegte in Berlin-Tempelhof ein. Mittelholzer
fliegte am Sonntag um 11.35 Uhr in Köln und landete
in Tempelhof um 11.55 Uhr, obwohl er es sich nicht neh-
men ließ, anlässlich der Eröffnung der Delta über den
Ausstellungshallen eine kurze Schiffe zu ziehen.

Kunstler
Sandrat
von Bürger
und Kommer
Bo

Boholt, Ne
Fernsprech-
3054. — 9
Heinrichs.
W. Wolling.
Th. Baras.
burg: Joh
Klinge
berdins.
Witt
Dr
der Reiter

Numm

Ha

Ein D

Obwohl die

nische Regierung
und bereits ge
keinen neuen G
Anlaß zu weite
wörter schon die
nun auch der f
„Corriere della
feineswegs als
eine durch d
gene maßnah
erhalten würde.

Siezu darf
Maßnahmen, g
nahmen aufhö
Wirkungen
können. Die W
ist unmöglich,
schluß geben tan
nischen Besitz be
nicht lange aus
zahlen. Da abe
nur 25 v. H. d
an Devisen zur
75 v. H. aber in
weisungen auf
als Zahlungsmi
die deutsche
geschätzt, die
digen Wert infa
einzigermaßen er
werden. Unter
küh doch über de
räftigst hinaus

Zwei deu

Von un

Die Kampfm
gegen die deu
hat, sind den
überzogen
tamen, von der
Man fügt an de
hinzu, daß die
deutschen Kontin
hätten. Zugleich
Reichsregierung
beraten und vol
gelegt habe. Weich
dings Stillstewe

Die Bestimm
verordnung sind
als die De
anderen Ländern
Seite erklärt wi
wirtschaftspolit
lich, die Devisen
machen, ob wir
lich stehen. Für
lung allen Staat
mit einem einze
forisch gemacht
gleichen Beding
würden.

Die Anwei
zen, den Im
zur Bezahlun
ren, müßte pra
fuhr nach Ver
hat sich, wie zer
in Verbindung
finden, der etwa
bis zum Absch
ausfüllen soll.
million wird
nach Paris, f
fahren, um na
ahme der Schat
erziehen.

Außerdem wir
bestommi
italienischen Re
flüktis zu verho
aus je einem B
Reichswirtschafts